FG-Urteil

Nur ganzjährig geführtes Fahrtenbuch ist gültig

— Selbstständige oder Arbeitnehmer, die ihren Dienstwagen auch privat nutzen, können ein Fahrtenbuch führen, um so zu belegen, welche Kostenanteile des Autos dienstlich und welche privat sind. Legen Steuerpflichtige kein Fahrtenbuch vor, setzt das Finanzamt nach der Ein-Prozent-Regelung pro Monat 1 % des Brutto-Listen-Neupreises für die private Nutzung an.

Im Streitfall hatte ein Arbeitnehmer zunächst kein Fahrtenbuch geführt. Als ein drittes Kind

zur Welt kam, war der Dienstwagen allerdings nicht mehr so oft zu gebrauchen. Um einen überhöhten Steueransatz der Privatnutzung zu vermeiden, führte der Arbeitnehmer ab Mai ein Fahrtenbuch. Das Finanzamt erkannte dies jedoch nicht an und berechnete die Privatnutzung des Dienstwagens für das gesamte Jahr nach der Ein-Prozent-Regel. Dies hat das Finanzgericht (FG) Münster in einem kürzlich veröffentlichten Urteil bestätigt (Az.: 4 K 3589/09 E). „Ein Fahrtenbuch, das nicht während des ganzen Kalenderjahres geführt wird, ist nicht ordnungsgemäß“, heißt es in dem Urteil. Es müsse „für einen repräsentativen Zeitraum von mindestens einem Jahr“ geführt werden. Zur Begründung verwies das Gericht auf das Ziel der Regelungen, die Berechnungen möglichst zu vereinfachen. Zudem bringe „eine monatlich wechselnde Fahrtenbuchführung“ erhebliche Manipulationsgefahren mit sich. Die privaten Lebensumstände des Steuerpflichtigen könnten daher nicht berücksichtigt werden.

Martin Wortmann

© Stephan Thomaler

Abrechnungstipp

Behandlungsfall, Krankheitsfall oder Arztfall?

— Die Allgemeinen Bestimmungen des EBM enthalten manche Information, die für eine korrekte Abrechnung wichtig ist. Wer sie nicht kennt, läuft Gefahr, falsch abzurechnen – oder auch Geld zu verschenken. Das gilt zum Beispiel für die Ausschlüsse der mehrfachen Berechnung von Ziffern in demselben Krankheitsfall oder Behandlungsfall. Die Definition der einzelnen Fallarten ist ausgeführt in den Allgemeinen Bestimmungen unter Punkt 3:

- Behandlungsfall: Behandlung desselben Versicherten durch dieselbe Praxis in einem Quartal zu Lasten derselben Krankenkasse (relevant z.B. für die Versicherten-, Grundpauschalen)
- Krankheitsfall: Behandlung im aktuellen und in den drei folgenden Quartalen (relevant z.B. bei der Nr. 03240)
- Betriebsstättenfall: Behandlung desselben Versicherten in einem Quartal durch Ärzte derselben Betriebsstätte zu Lasten derselben Krankenkasse unabhängig vom behandelnden Arzt
- Arztfall: Behandlung desselben Versicherten durch denselben Arzt in einem Quartal zu Lasten derselben Krankenkasse unabhängig von der Betriebsstätte (relevant z.B. für die Nrn. 01430, 01435 und 32001). Ein Beispiel: Wenn der/die Patient/in in einer Gemeinschaftspraxis von Arzt A behandelt wird, wird dann ein neuer Arztfall generiert, wenn Arzt B ein Rezept für diesen Patienten unterschreibt oder ihn telefonisch berät. Dies wiederum hat Auswirkungen bei der Berechnung entsprechender Regelleistungsvolumen-relevanter Fälle.

Dr. Heiner Pasch

Regress

Trotz Prüfanfordern gilt Verjährungsfrist

— Früher nahmen die Prüfungsgremien einzelne Ärzte in der Regel nach einem Prüfantrag der Krankenkassen unter die Lupe. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) in Kassel war die früher vierjährige Verjährungsfrist für den Regress durch einen solchen Prüfantrag unterbrochen. Seit Anfang 2000 ist ein solcher Prüfantrag aber nur noch in Ausnahmefällen erforderlich, etwa beim Off-Label-Use, über den nur die Krankenkasse Bescheid wissen kann. In zwei Fällen hatte das BSG daher zu entscheiden, unter welchen Voraussetzungen nunmehr die Verjährungsfrist gehemmt ist.

Im ersten Fall hatten eine Krankenkasse und der Prüfungsausschuss lange Zeit gestritten, ob eine Richtgrößenprüfung oder nur eine Wirtschaftlichkeitsprüfung nach Durchschnittswerten fällig ist. Der Prüfungsausschuss teilte der betroffenen Gemeinschaftspraxis mit, die Wirtschaftlichkeitsprüfung werde zurückgestellt, bis über die gegebenenfalls vorrangige Richtgrößenprüfung entschieden ist. Schließlich erhob der Prüfungsausschuss Regress auf der Grundlage einer Wirtschaftlichkeitsprüfung. Nach Überzeugung des Beschwerdeausschusses war die Grundlage hierfür aber inzwischen verjährt. Wie nun das BSG entschied, war hier die Verjährung aber gehemmt. Eine Verjährungsfrist könne nicht laufen, solange Beteiligte miteinander verhandeln. Allerdings seien hier die Ärzte nur indirekt über ihre KV beteiligt. Daher müssten sie „deutlich“ darüber informiert werden, warum eine bestimmte Prüfung noch zurückgestellt wird. Dies sei hier geschehen [Az.: B 6 KA 27/11 R].

Im zweiten Fall hatte der Prüfungsausschuss Rheinland-Pfalz eine Gemeinschaftspraxis lediglich informiert, dass eine Prüfung beabsichtigt ist. Warum sie nicht sofort begonnen und zeitnah abgeschlossen wurde, erfuhren die Ärzte nicht. Daher wurde hier die Verjährung nicht unterbrochen, urteilte das BSG. Auch ein unnötiger Prüfantrag der Krankenkasse hemme die Frist nicht mehr [Az. B 6 KA 45/11 R].

Martin Wortmann